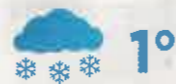


WETTER

Heute ist es dicht bewölkt, und es schneit verbreitet. Auch im Rheintal geht der Regen bald in Schnee über. **Seite 16**

NEUE

am Sonntag

SO./MO., 3./4. FEBRUAR 2019
Nummer 29 – € 1,50

Eine Marke von **RUSSMEDIEN**

VORARLBERG**Gefährdung**

Die neue Mindestsicherung gefährdet den sozialen Frieden im Land, sagt Christoph Hackspiel, der Geschäftsführer des Vorarlberger Kinderdorfs. **Seiten 26/27**



Rückzug nach 165 Jahren



RIEDENBURG. Die Ordensfrauen des Sacré Cœur geben die Verantwortung für die Riedenburger Schulen in Bregenz ab. Seit der Schulgründung im Jahr 1854 war der Orden als Schulträger aktiv. Wie geht es nun weiter? **Seiten 18/19**

HARTINGER

PRO & KONTRA**Impfpflicht?**

Nach dem Masern-Ausbruch in der Steiermark gibt es wieder eine Diskussion über eine Impfpflicht – Pro & Kontra von Kinderarzt und Gesundheitsministerin. **Seiten 2/3, 8**

INTERNATIONAL**15 Jahre Facebook**

2,3 Milliarden Menschen weltweit greifen auf Facebook zu. Morgen wird das Soziale Netzwerk 15 Jahre alt. Wie hat es unser Tun verändert? Eine Spurensuche. **Seiten 10–13**

FUSSBALL**Austria-Zukunft**

Lange war es ruhig um die Reformgruppe von Austria Lustenau. Jetzt sprechen Bernd Bösch, Stephan Muxei, Florian Matt und Albert Lingg über ihre Vision für den Verein. **Seiten 66–69**



VORARLBERG. Ein Paradebeispiel in Sachen verdichtetes Bauen ist die Wohnanlage Fellentor in Lauterach. **Seiten 32/33**

SPORT. Marc Girardelli blickt auf die Ski-WM in Åre voraus – und auf seine WM-Einsätze zurück. **Seiten 74/75**

„300.000 Kinder in Österreich leben in Armut“

INTERVIEW. Christoph Hackspiel, langjähriger Leiter des Vorarlberger Kinderdorfs, über die neue Mindestsicherung, den Familienbonus und die Bundesregierung.

Von **Brigitte Kompatscher**

Sie haben kürzlich die geplante neue Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe kritisiert. Was genau stört Sie daran?
Christoph Hackspiel: Es sind viele Details, die aus Sicht aller sozialen Organisationen diskriminierend für Menschen sind, die in Armut leben, insbesondere für Kinder. Die Lebensbedingungen gerade der ärmsten Bevölkerungsgruppen werden verschlechtert. Teilweise entsprechen die Regelungen auch nicht Rechtskonventionen wie der UN-Kinderrechtskonvention oder dem Diskriminierungsverbot. Zum Beispiel wird das Recht von Kindern auf Teilhabe und Bildung zumindest stark eingeschränkt. Zu Lasten der Ärmsten werden Sparmaßnahmen gesetzt, die sich so auswirken, dass Mindestbedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können.

Geht es da konkret um die 43 Euro für das vierte Kind?

Hackspiel: Ja, aber auch, dass die Mindestsicherung jetzt als Sozialhilfe bezeichnet wird, ist ein Rückschritt. Für die betroffenen Kinder ist es katastrophal, dass die Höchstsätze durch ein Bundesgesetz geregelt werden und die Spielräume der Länder, die unterschiedliche Bedingungen haben, nicht mehr angewandt werden dürfen. Das ist ein Ge-

setz, das die Höchstbeiträge nach unten drückt und den Ländern frei lässt, noch weiter zu kürzen. Andererseits überlässt der Bund die Standards in der Kinder- und Jugendhilfe nur noch den Ländern.

Da kritisieren Sie ja die Verlagerung der Bundeskompetenz auf die Länder.

Hackspiel: Das ist fatal, weil der Bund die Standards in Bezug auf das Wohl von Kindern aufgibt anstatt zu sagen: Uns als Bundesregierung ist wichtig, dass Österreich so hohe Standards in der Kinder- und Jugendhilfe hat.

Was befürchten Sie konkret?

Hackspiel: In Vorarlberg haben wir relativ gute Bedingungen. Gesamtösterreichisch ist die Sorge groß, dass bei Budgetknappheit auch in diesem Bereich begonnen wird zu sparen und die Spaltung der Gesellschaft zunimmt. Der soziale Friede in unserem Land wird zunehmend gefährdet, wenn wir vorhandene Spannungspotenziale anstatt sie zu lindern verstärken. 300.000 Kinder in Österreich leben in Armut, das sind 20 bis 25 Prozent aller Kinder. Diese Kinder werden der Chancen zur Entwicklung ihrer Talente beraubt.

Nun erhalten Familien in Österreich neben der Mindestsi-



Vorarlberger
Kinderdorf-
Leiter
Christoph
Hackspiel.

ROLAND PAULITSCH

cherung auch Familienbeihilfe und eventuell andere Zuschüsse, sodass die Höhe der direkten Zuwendungen oft gar nicht so niedrig ist. Es reicht aber nicht?

Hackspiel: Das kommt auf Lebensumstände und Region an. Es gibt beispielsweise in Vorarlberg kaum Wohnungen, bei denen die Mieten mit Mindestsicherung oder niedrigem Einkommen gezahlt werden können. Die Leistungen für Familien und Kinder sind nicht schlecht, aber gerade für die Ärmsten werden sie neuerlich beschränkt. Auch beim Familienbonus bekommen die Ärmsten keinen Cent.

Der Familienbonus kann ab einem Bruttoeinkommen von 1700 Euro monatlich voll abgeschöpft werden. Das sind keine Reichen, oder?

Hackspiel: Geringverdienende Alleinerziehende bzw. Alleinerdienende, die keine oder eine geringe Steuer bezahlen, erhalten künftig einen sogenannten Kindermehrbetrag in Höhe von

maximal 250 Euro pro Kind und Jahr – das steht so auf der offiziellen Homepage der Regierung. Das heißt, eine Alleinverdienerin, die in Teilzeit 1200 Euro verdient, hat 20 Euro mehr pro Kind und Monat. Für gut verdienende Eltern vervielfacht sich dieser Bonus. Es ist ja gut, dass es eine Steuerentlastung für Familien gibt, es ist nur unfair, dass die Ärmsten das nicht bekommen. Es sind aber nicht nur finanzielle, sondern auch verstärkte Unterstützungsleistungen maßgebend.

Welche?

Hackspiel: Eltern sind teilweise mit großen Belastungen konfrontiert: Existenzängste, psychische Erkrankungen, Arbeitslosigkeit, Isolation ... Ihre Kinder leben in gefährdeten Situationen. Für diese sozial erschöpften Familien braucht es Unterstützung, gute Kinderbetreuung, Förderungen in der Schule, frei zugängliche Beratung. Da gibt es ein Manko. Wir



wissen auch, dass aus höheren Bildungsschichten 80 Prozent der Kinder auf die Unterstufe des Gymnasiums gehen, von den niederen Bildungsschichten nur 18 Prozent. Schon sehr früh im Leben sind die Chancen ungleich verteilt.

Ist die aktuelle Bundesregierung kinderfeindlich?

Hackspiel: Sie ist selektiv. Wir kommen in eine Abwertungspirale Menschen gegenüber, die nicht der Norm entsprechen. Da gehören Flüchtlinge genauso dazu wie bildungsferne und ärmere Menschen. Es wäre die ethische Aufgabe der Regierung, diese Menschen nicht im Regen stehen zu lassen und sie mitzunehmen. Die Regierung hat entgegen einer christlich-sozialen Grundhaltung, die man erwarten würde, eine Tendenz, Ausgrenzungen zu verstärken und auf Kosten dieser Menschen Stimmung zu machen.

Sie sind auch Präsident der

Zur Person

Christoph Hackspiel

Geboren 1957 in Bregenz. Psychologiestudium in Salzburg. Psychotherapie- und Mediation-Coaching-Ausbildung. Seit 1985 Geschäftsführer des Vorarlberger Kinderdorfs in Bregenz. Präsident der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, Wien. Verheiratet, zwei Töchter, vier Enkelkinder.

Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. Sind Kinder in den vergangenen Jahren „kränker“ geworden?

Hackspiel: Unser Gesundheitsbegriff umfasst die körperliche, geistige, seelische, emotionale und soziale Gesundheit. In Österreich zeigen immer mehr und immer jüngere Kinder psychische Auffälligkeiten, wie Angst- oder Essstörungen, depressive Erkrankungen, Aggression oder Impulskontrollstörungen. Davon sind laut ei-

ner aktuellen Studie 25 Prozent aller Kinder betroffen. Eltern, Schulen und das Umfeld sind oft hilflos und brauchen mehr Unterstützung.

Warum ist diese Zahl so hoch?

Hackspiel: Die Kinder haben es mit einer hochkomplexen Welt zu tun, in der man gut organisiert sein muss, um zurechtzukommen. Wenn nicht viel Zeit und Energie für Kinder übrig ist, drohen Verhaltensauffälligkeiten oder das Abrutschen in virtuelle Welten. Es gibt Gewalt, Mobbing, verstärkt Vernachlässigungstendenzen – aus Erschöpfung, aus Überforderung von Eltern. Das ist ein Zeichen, dass wir in einer mobilen Welt leben, in der viele Menschen isolierter sind als früher. Bei Kindern wirkt sich das am deutlichsten aus. Es ist dringend notwendig, neue Formen von Gemeinschaften zu bilden, in denen soziales Miteinander und nicht nur Leistungsorientierung im Vordergrund steht

Wo genau liegt daher Ihrer Ansicht nach der größte politische Handlungsbedarf in Hinblick auf Kinder und Jugendliche?

Hackspiel: Es ist zuallererst eine Bewusstseinsbildung. Wir müssen uns bewusster werden, auch in der Politik, dass wir deutlich mehr in die psychische und soziale Gesundheit unserer Kinder investieren sollten. Und diese Slogans, die wir auch kennen, müssen mehr zu konkreten Ergebnissen führen.

Meinen Sie Slogans wie „Kinder in die Mitte“?

Hackspiel: „Kinder in die Mitte“ oder „Kein Kind zurücklassen“ oder der Markenthemenschwerpunkt der Landesregierung „Dhanchenreichster Raum für Kinder 2035“. Da ist es wichtig, Programme zu erarbeiten, Analysen zu machen und zu schauen, wer benötigt was am nötigsten. Am meisten Potenzial liegt in der sehr frühen Unterstützung von Familien. Wir haben die besten

Erfahrungen gemacht, wenn wir bereits in der Schwangerschaft und in den frühkindlichen Phasen Familien Hilfe gewähren. Ganz generell, Prävention muss verstärkt werden.

Ist es nicht so, dass Menschen, die Unterstützung bräuchten, oft sehr schwer zu erreichen sind?

Hackspiel: Wir haben in Vorarlberg ein gut ausgebautes System der frühen Hilfen. Da kooperieren wir sehr stark mit Spitälern, mit Kinderärzten. Wenn man sehr früh mit jungen Eltern Beziehung aufnimmt, sie auch zu Hause besucht, dann wirkt das vertrauensbildend, und die Menschen nehmen das sehr gerne an. Wir müssen auch Kinderbetreuungseinrichtungen besser ausstatten, mit mehr Zeit, Infrastruktur und Know-how, ebenso die Schulen oder die nahraumorientierte Jugendarbeit. Wir wissen, dass Kinder aus schwierigsten Verhältnissen am gesündesten heranwachsen, wenn sie zumindest eine Vertrauensperson haben. Das müssen nicht die Eltern sein.

Diese Maßnahmen dürften aber personal- und damit kostenintensiv sein. Ist es wieder nur eine Frage des (fehlenden) Geldes?

Hackspiel: Der Vorarlberger Rechnungshof hat vor einiger Zeit berechnet, was die Gesellschaft ein Kind kostet, das mit 15, 16 Jahren „abstürzt“ und dann ein Leben lang Unterstützung benötigt: Das kostet im Laufe seines Lebens zwei Millionen Euro. Wenn man diese Summe mit den geringen Investitionen gegenrechnet, die man am Anfang setzen kann und die sehr oft funktionieren, wäre das neben der Linderung des persönlichen Leids eine wirtschaftlich äußerst sinnvolle Investition. Das kritisieren wir auch an der neuen Mindestsicherung, dass sie vielleicht kurzfristig eine Budgeteinsparung im kleinen Promillebereich ermöglicht, aber langfristig volkswirtschaftlich widersinnig ist und unseren sozialen Frieden gefährdet.